



Tagesfrage heute

Michele Barra: Betrunken am Steuer erwischt und trotzdem Staatsrat werden. Geht das?

A Ja B Nein

Stimmen Sie online ab unter der Rubrik «Mitmachen»

■ www.aargauerzeitung.ch
 ■ www.baselandschaftliche.ch
 ■ www.bzbase.ch
 ■ www.grenchnertagblatt.ch
 ■ www.limmattalerzeitung.ch
 ■ www.solothurnerzeitung.ch

oder schicken Sie ein SMS mit aztfa für «Ja» oder aztfb für «Nein» an 2222 (20 Rp./SMS)

Ergebnis letzte Tagesfrage

In den Niederlanden steht ein Thronwechsel bevor. Sind Monarchien noch zeitgemäss?

A: 41.0%
 B: 59.0%

VIDEO DES TAGES



Dieser 14 Jahre alte Hamburger sieht noch ziemlich frisch aus.

Presseschau

theguardian

Basel - Chelsea: Der Freistoss von David Luiz tief in der Nachspielzeit besiegte Basel. Die einzige Sorge nach diesem Abend ist die Sperre von Ashley Cole im Rückspiel.

Süddeutsche Zeitung

Ventilklausel: In der Schweiz scheint man einen Prügelnaben gefunden zu haben, dem man eigene Fehler und Versäumnisse ankreiden kann. Dazu gehören die ungerechten Steuersysteme ebenso wie eine verfehlte oder fehlende Industriepolitik. Die Ursachen für die Fluchten in die Schweiz – sei es von unversteuertem Geld oder von unbeschäftigten Arbeitnehmern – liegen ja nicht in der Eidgenossenschaft, sondern im europäischen Umland.

LE FIGARO

Arbeitslosigkeit: Alle ernsthaften Kritiker wissen, dass man im Krieg gegen die Arbeitslosigkeit harte Massnahmen treffen muss. Man müsste die Arbeitskosten stark senken, die 35-Stunden-Woche abschaffen (...) und das Arbeitslosengeld anordnend reformieren

Das Wetter heute

9°

6°



Dohners Seitenblick zur eingestürzten Textilfabrik in Bangladesch



Textilarbeiter Mohammad Altab im Moment, da ihn Rettungskräfte finden.

KEY

TAGESLICHT!

■ Die Proteste in Bangladesch gehen weiter. Noch immer werden Menschen unter den Trümmern der Textilfabrik geborgen, die vor drei Tagen eingestürzt war. Glück hatte auch Mohammad Altab. Ihn hatte man rechtzeitig gefunden, eingekeilt zwischen Steinen, neben zwei Leichen.

Es braucht eine eigenartige Kühle, wenn man als Fotograf einen Unglücklichen in dieser Lage abbildet. Andererseits vermittelt es ein Gesicht zum so oft gehörten Begriff «verschüttet». Jedermann kann nachfühlen, welch entsetzlicher Zustand es sein muss, lebendig begraben zu werden, und auf sich allein gestellt, absolut hilflos, zu bangen, ob man rechtzeitig noch gefunden wird. Kann dann die Erlösung, eine Katastrophe überlebt zu haben, so stark sein, dass man die Angst und die Agonie zuvor wieder restlos vergisst?

max.dohner@azmedien.ch

Gastbeitrag über Zwangsabgaben, Enteignungen und Atomkraftwerke

Wie man mit Begriffen Emotionen schürt und damit Politik betreibt



VON GEORG MÜLLER*

■ **FAST TÄGLICH** liest man in den Medien von der «Zwangsabgabe», welche die Gläubiger der zypriotischen Banken für deren Sanierung zu leisten haben. Der Begriff

spielt neuerdings auch in der schweizerischen Politik eine Rolle, z. B. im Zusammenhang mit der Autobahnvignette, den Treibstoffzöllen, den Beiträgen für die AHV oder die IV, den Gebühren und natürlich mit direkten und indirekten Steuern von Bund, Kantonen und Gemeinden. Früher sprach man einfach von «Abgaben», ein Begriff, der auch in Gesetzen, Urteilen und Lehrbüchern verwendet wird. Dass der Staat eine ihm geschuldete Abgabe zwangsweise erhebt, also den Abgabepflichtigen nach Ablauf der Zahlungsfrist betreibt, ist eine Selbstverständlichkeit.

WER FREIWILLIG dem Staat etwas «abgibt», macht ihm ein Geschenk. Mit anderen Worten: Jede öffentliche Abgabe ist eine «Zwangsabgabe». Es geht offenbar nur darum, durch

Es geht offenbar nur darum, durch den Zusatz «Zwang» den Begriff der Abgabe noch negativer erscheinen zu lassen, als er ohnehin ist.

den Zusatz «Zwang» den Begriff der Abgabe noch negativer erscheinen zu lassen, als er ohnehin ist. Übrigens haben die Gläubiger der beiden zypriotischen Grossbanken keine Abgabe an den Staat zu leisten, sondern den Banken, bei welchen sie ihr Geld angelegt haben, einen Bei-

trag zu deren Sanierung abzuliefern. Vor ein paar Jahren haben die Gläubiger der überschuldeten isländischen Banken Totalverluste erlitten, ohne dass jemand von einer «Zwangsabgabe» oder gar von einer «Enteignung» gesprochen hat.

DEN BEGRIFF DER ENTEIGNUNG hat interessanterweise der russische Ministerpräsident Medwedew im Zusammenhang mit der Beteiligung der (vor allem russischen) Gläubiger verwendet, deren Guthaben zur Sanierung der zypriotischen Banken beigezogen werden. Er wollte damit das «Unrecht» anprangern, das seinen Mitbürgern widerfährt, also auch politisieren. Von einer Enteignung kann jedoch keine Rede sein, denn den Inhabern der Guthaben bei den maroden Banken werden diese nicht entzogen und auf den Staat übertragen. Sie haben vielmehr einen Beitrag an die Sanierung zu leisten. Dazu werden sie allerdings durch den Staat, d. h. den Gesetzgeber, gezwungen. Die Alternative wäre aber gewesen, dass die Beiträge der EU zur Sanierung der Banken ausgeblieben wären, was zu deren Zusammenbruch mit weitreichenden Folgen für die Wirtschaft des Landes und zum Totalverlust der Bankguthaben geführt hätte.

EIN WEITERER politisch «aufgeladener» Begriff ist derjenige des «Steuer-geschenkes». Wer eine Senkung oder Abschaffung einer Steuer bekämpfen will, tut dies oft mit dem Argument, es handle sich dabei um ein «Steuer-geschenk für die Reichen». Es soll der Eindruck erweckt werden, der Staat privilegiere gewisse Steuerpflichtige, indem er ihnen etwas schenke. In Tat und Wahrheit werden diese Steuerpflichtigen nur für die Zukunft entlastet, erhalten aber keinerlei Zuwendungen des Staates.

BESONDERS DEUTLICH war und ist die politische Absicht, wenn in der

Diskussion über die Energiewende die einen von «Atomkraftwerken», die andern von «Kernkraftwerken» sprechen. Der Begriff «Atom» weckt wegen der Atombombe Ängste und Abwehrreflexe. Kernkraft klingt dagegen neutral, ja fast sympathisch.

Entscheidend ist, dass wir uns bewusst sind, wie mit Begriffen politisiert wird und dass wir uns nicht manipulieren lassen.

In der Bundesverfassung und der Bundesgesetzgebung finden sich nur die Begriffe «Kernenergie» und «Kernanlagen»; bis zum Jahr 2005 hiess das einschlägige Gesetz allerdings noch «Atomgesetz». Man kann Gegner und Befürworter dieser Anlagen in der Regel daran erkennen, ob sie den Begriff des Atom- oder des Kernkraftwerks verwenden.

ES GIBT NOCH VIELE weitere Beispiele für eine solche «Politisierung» von Begriffen. Ist sie ungehörig? Soll und kann man sie verbieten oder einschränken? Der Einsatz von Begriffen, die emotionalisieren, d. h. eine positive oder negative Einstellung zu einem Sachverhalt oder einem Vorschlag für die Lösung eines Problems zu erzeugen versuchen, gehört wohl zur Politik. Eine «Sprachregelung» wäre nicht nur unangemessen, sondern auch kaum durchsetzbar. Entscheidend ist, dass wir uns bewusst sind, wie mit Begriffen politisiert wird und dass wir uns von der Politik und den Medien nicht manipulieren lassen.

* **Georg Müller**, Erlinsbach, ist emeritierter Professor für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Zürich.

Kommentar

von Matthias Niklowitz



Der Uhrenabsatz in China geht zurück

Auch Chinesen kaufen clever

■ Auf den ersten Blick sind die Nachrichten alarmierend: Der Umsatz einiger teurer Swatch-Marken in China geht deutlich zurück. Grund sind die hohen Luxussteuern und Anti-Korruptions-Massnahmen in China. Denn teure Uhren waren bisher auch ein beliebtes Zeichen der Aufmerksamkeit für einen netten Geschäftspartner.

Allerdings melden einige europäische Länder wie beispielsweise Frankreich steigende Verkäufe von Luxusuhren. Das steht etwas im Widerspruch zur miesen Lage der französischen Wirtschaft. Wer kann sich solche Uhren leisten, wenn die Konsumenten knausern und sogar Arbeitslose ihre Luxusuhren zu Geld machen? Es sind die Käufer aus Fernost und insbesondere aus China. Sie kaufen aufgrund der Luxussteuern im eigenen Land ihre Luxusuhren lieber direkt in Europa. Etliche Boutiquen an den Champs Élysées, am Boulevard Haussmann und an der Rue du Faubourg Saint-Honoré suchen deshalb dringend Personal mit Mandarin-Sprachkenntnissen.

So leiden die Luxusuhrenverkäufer in China (etwas), die Verkäufer in Paris hingegen freuen sich. Die Käufer aus China umgehen so die Luxussteuern. Und auch die «Geschenke» für die daheimgebliebenen Geschäftspartner sind viel günstiger. Unter dem Strich ist es für globale Konzerne wie Swatch und Richemont egal, wo verkauft wird. Hauptsache, die Uhren gehen weg – am liebsten über eine eigene Boutique.

matthias.niklowitz@azmedien.ch